

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

KOLUMBIEN

Der soziale Aufstand geht weiter

Als am 28. April 2021 der Nationalstreik wegen einer geplanten Steuerreform seinen Anfang nahm, dachte niemand, dass der Widerstand der kolumbianischen Bevölkerung so lange andauern würde. «Wir sind Zeug·inn·en eines tiefgreifenden Wandels» – stellt der Konfliktforscher Victor Barrera im Gespräch fest.

Es werden immer neue Gräueltaten von Polizei und ultrarechten Zivilist·inn·en bekannt. Letztere, die sogenannten «Gente de Bien» – die «guten Leute» oder «Leute aus gutem Haus» – formieren sich, um unter Polizeischutz Demonstrant·inn·en zu erschiessen oder verschwinden zu lassen. Auf Twitter reden Politiker·innen wie Ex-Präsident Álvaro Uribe Vélez und Mitglieder des «Centro Democrático» von «sozialer Säuberung» oder rufen zum Mord an der eigenen Bevölkerung auf. Augenzeug·inn·en berichten von Leichen, die in Flüssen auftauchen, nachdem sie mutmasslich zu Tode gefoltert wurden. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen

zählten mindestens 327 Vermisste und 83 Ermordete in den ersten zwei Monaten des sozialen Aufstands. Sexuelle Übergriffe durch Polizisten und Angriffe auf Journalist·inn·en gehören zur Tagesordnung.

Der soziale Aufstand spaltet Kolumbien. Das politische Establishment, das auch die Medien kontrolliert, will seine Macht nicht verlieren. Währenddessen findet der Protest immer mehr Zustimmung in der Bevölkerung.

Victor Barrera arbeitet als Politikwissenschaftler der Universität Javeriana in Bogota und koordiniert im «Centro de Investigación y Educación Popular» (CINEP) den Bereich Staat, Konflikt und

Frieden. Seit längerem erforscht er den sozialen Protest in Kolumbien und versucht, den Widerstand der kolumbianischen Bevölkerung einzuordnen.

Samina Stämpfli: Herr Barrera, es gibt einen Streikspruch in Kolumbien: «Die Regierung ist gefährlicher als das Coronavirus.» Kann man in Anbetracht des schlechten Krisenmanagements und der aktuellen Proteste sagen: Der Streikspruch trifft zu, das eigentliche Problem ist die Regierung?

In Anbetracht dessen, wie die Regierung mit der Pandemie umgeht, die heute mit mehr als 600 Todesfällen pro Tag zum Zusammenbruch des Gesundheitssystems und zur Verschlechterung der Lebensbedingungen von Millionen Kolumbianer·inne·n führt: Ja, die Regierung ist das Problem. Und anstatt Räume für Dialog und demokratische Verhandlungen zu schaffen, begegnet sie den Aufständen mit Gewalt.

Die Aufstände werden von der Regierung als «Terrorismus und Vandalismus» dargestellt. Durch diese Herangehensweise werden die Demonstrant·inn·en zum «inneren Feind» gemacht. Anstatt auf die legitimen Forderungen des Volkes einzugehen, ignoriert

der rechte Präsident Iván Duque erneut die vom Verfassungsgericht gestützte Forderung, das Recht auf sozialen Protest in Kolumbien zu gewährleisten. Die Übergriffe und die Polizeigewalt, die weltweit kritisiert werden, sind aber nicht nur das Ergebnis einer unkontrolliert agierenden Strafverfolgungsbehörde. Sie sind das Ergebnis politischer Entscheidungen von Präsident Iván Duque und einigen Mitgliedern des «Centro Democrático», mit Blick auf die kommenden Präsidentschaftswahlen 2022.

Die Proteste zu unterdrücken gelingt der Regierung diesmal aber nicht: Gemäss Umfragen befürworten aktuell 75 Prozent der Bevölkerung den Protest.

Wir sind Zeug·inn·en eines tiefgreifenden Wandels in der Art und Weise, wie die kolumbianische Gesellschaft den Protest als Grundrecht versteht und schätzt. Das zeigen diese Meinungsumfragen immer wieder. Obwohl Strassenblockaden und die Gewalt bei den Protesten oft auch missbilligt werden, besteht konstant eine hohe Unterstützung für den Protest. Die Bevölkerung kritisiert die Übergriffe und die unverhältnismässige Gewaltan-

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Post CH AG



Gerechtigkeit und Schluss mit dem Morden. Friedensdemonstration in Bogota.

wendung durch die nationale Polizei gegen die Demonstrant-inn-en. Dies ist ein wichtiger Punkt, der zeigt, dass die Kolumbianer-innen heute nicht mehr bereit sind, die bestehenden Missstände als eine Art «kleineres Übel» passiv hinzunehmen.

Die Zeit, als alles dem Ziel, die FARC zu besiegen, untergeordnet wurde, ist mit der Demobilisierung 2016 beendet worden. Heute sehen wir eine Gesellschaft, die nicht mehr empfänglich ist für die stigmatisierenden und kriminalisierenden Diskurse der Regierung, mit denen jahrelang die Verbrechen der Ordnungskräfte in Kolumbien gerechtfertigt wurden.

Woher diese Veränderung?

In Kolumbien haben immer mehr Bürger-innen und verschiedene Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel die Indigenen oder die Kleinbäuer-inne-n im sozialen Protest einen Mechanismus gefunden, ihre Forderungen aus-

zudrücken und konkrete Antworten von der Regierung zu verlangen. Dies in Umständen, in denen die enge Wahldemokratie es nicht schafft, diese ganze soziale Unzufriedenheit zu kanalisieren oder zu verarbeiten. In diesem Sinne ist ein demokratischer Lernprozess in Gang gesetzt worden, in dem das Grundrecht auf Protest positiver bewertet wird.

Doch ein Grossteil der Medien reproduziert immer noch die Regierungsdiskurse und vermittelt so ein sehr verzerrtes Bild der Realität.

Die Bürger-innen haben heute andere Informationsquellen als die traditionellen Medien, die in der Vergangenheit den offiziellen Diskurs über sozialen Protest beeinflusst haben. Der Zugang zu sozialen Netzwerken hat den Konsum von Informationen demokratisiert und neue Informationsquellen geschaffen. Die digitale Verbreitung ohne

Kontrolle ermöglicht so andere Blickwinkel auf den sozialen Protest. Darüber hinaus werden durch diese Kommunikationskanäle normalen Bürger-inne-n Wege eröffnet, ihre eigene Motivation für den Protest zu finden und zu formulieren. Sie können in Echtzeit aufzeichnen, was während dieser Proteste passiert. Aber natürlich hat das auch eine negative Seite, weil so Fake News oder Informationen ohne Kontext verbreitet werden können.

Nach zwei Monaten des sozialen Aufstands scheint die Gewalt bei den Protesten auszufern. Im Departement des Valle del Cauca werden unzählige Demonstrant-inn-en vermisst. Unbekannte Gruppierungen haben Gerüchten zufolge Folterhäuser eingerichtet, Ultrarechte schießen auf offener Strasse auf Demonstrationen. Und das in dem Land mit der «ältesten Demokratie des Kontinents».

Dass die kolumbianische Zivilbevölkerung bewaffnet ist, gehört in Kolumbien zur Geschichte. Aber auch wenn diese Zivilist-inn-en oft in Begleitung der Polizei auf Demonstrant-inn-en schießen und dem Paramilitarismus zugerechnet werden können, sollte man sie von den paramilitärischen Gruppen der späten 1990er-Jahre unterscheiden. Natürlich gibt es auch koordinierte Gruppen, doch aktuell handelt es sich eher um Zivilist-inn-en, die sich bewaffnen und mit verschiedenen Polizeieinheiten zusammenarbeiten, um Demonstrant-inn-en anzugreifen – so wie es in Cali und Pereira passiert ist. Sie behaupten, nur ihr Eigentum zu verteidigen, verfolgen aber tatsächlich das Ziel, den Protest einzudämmen. Damit senden sie eine sehr gefährliche Botschaft an die Öffentlichkeit. Was man bei diesen Zivilist-inn-en, die andere angreifen, aber auf jeden

SOS Kolumbien

Die blutige Repression gegen die soziale Bewegung in Kolumbien seit dem Beginn des Generalstreiks in diesem Frühling liess uns keine Ruhe. Seit Jahren sind Mitglieder des Europäischen BürgerInnen Forums (EBF) mit Menschen, Bewegungen und Projekten in Kolumbien freundschaftlich verbunden. Langsam aber sicher ist unsere Solidaritätsaktion im Sommer ins Rollen gekommen und wir versuchen nun, auf mehreren Ebenen einen Beitrag der Solidarität zu leisten.

- Wir unterstützen Kolumbianer-innen, welche in Europa leben und an der Basis, auf der Strasse und vor den Botschaften gegen das Regime Duque und dessen Repression protestieren. Hier leisten wir eine Unterstützung bei ihrer Vernetzungsarbeit über die Grenzen hinweg. Der Protest auf der Strasse und die direkte Mobilisierung sind enorm wichtig, weil die Verletzung der Menschenrechte in Kolumbien in den grossen Medien in Europa immer noch nicht angekommen ist.
- Wir beteiligten uns, neben anderen engagierten Organisationen, an der Mobilisierung von Parlamentarier-inne-n in der Schweiz und in weiteren Ländern, damit diese direkt gegenüber der Regierung in Kolumbien ihren Protest gegen die Verletzung der Menschenrechte einlegen und die eigenen Regierungen dazu bewegen, dasselbe zu tun.
- Wir richteten einen offenen Brief an den Bundesrat, in welchem wir von ihm verlangen, dass die Schweizer Regierung im Rahmen ihrer Tradition der Regierung und dem Parlament Kolumbiens für die Vorbereitung von Friedensgesprächen seine „Guten Dienste“ anbietet. Ausserdem sollen bedrohte Vertreter-innen sozialer Bewegungen in der Schweiz Schutz bekommen. Diesen Brief unterzeichneten und versandten inzwischen mehrere hundert Freundinnen und Freunde. Der Bundesrat antwortete uns unter anderem: „Zudem trägt sie (die Schweiz) dazu bei, den Schutz und die aktive Teilnahme der Bevölkerung in politischen Prozessen zu stärken. Die Schweiz wird auch weiterhin, und besonders in der aktuellen Situation, ihren Beitrag für den Frieden und die Erhaltung der Menschenrechte in Kolumbien leisten“. Wir werden unsere Regierung beim Wort nehmen.
- Wir unterstützen direkt eine Menschenrechtsorganisation in Kolumbien, welche einerseits die Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Armee dokumentiert und andererseits den Aktivist-inn-en in Kolumbien, die in die Fänge der Justiz geraten sind, rechtlichen Beistand leistet und ihnen Anwält-innen zur Verfügung stellt.
- Wir unterstützen ein Netzwerk, welches bedrohte Aktivist-inn-en vorübergehend in Sicherheit bringt, bis sich die Gesamtsituation wieder beruhigt hat. Der Krieg von Oben gegen die soziale Bewegung in Kolumbien ist nicht vorbei. Nach wie vor gibt es von Seiten der Paramilitärs, welche mit Polizei und Militär verbunden sind, die blutige Strategie, unbequeme Oppositionelle und Vertreter-innen sozialer Bewegungen aus dem Hinterhalt zu erschiessen. Das Netzwerk soll über Vertrauensleute in Kolumbien und in den Empfangsländern funktionieren und vor allem in Lateinamerika sichere Plätze zur Verfügung stellen, sowie die damit verbundenen Massnahmen finanzieren.

Wir werden über den weiteren Verlauf unserer Aktionen regelmässig berichten. Es ist nicht einfach, von hier aus, aus unserer sicheren und fernen Position, das Richtige zu unternehmen. Wir hoffen, dass wir mit diesen fünf Ebenen einen Beitrag gegen die rohe Gewalt leisten können, mit welcher das aktuelle Regime versucht, den sozialen Frühling in Kolumbien zu zertreten.

Fall gesehen hat, ist die Unfähigkeit des Staates, die Gesellschaft zu entwaffnen. Wenn man nicht sogar sagen muss: Der Staat befördert diese Art von Gewalt. Dazu kommt eine Desinformationskampagne der Regierung, in der behauptet wird, dass Demonstrant-inn-en verschiedene Einrichtungen übernehmen und Geschäfte plündern würden.

In den Diskursen zum Protest fallen zudem oft die Begriffe «Bürgerkrieg» oder «bewaffneter Konflikt».

Mit Verallgemeinerungen muss vorsichtig umgegangen werden, besonders wenn über die Rolle der Gewalt im Aufstand gesprochen wird. Es lohnt sich, drei Faktoren zu unterscheiden: Die Radikalisierung von demonstrierenden Gruppen durch wahllose Angriffe der staatlichen Kräfte; die opportunistische Logik krimineller Gruppen und des organisierten Verbrechens, die sich die Unruhen zunutze machen und die gewaltsame Reaktion von Zivilist-inn-en, die behaupten, ihre Rechte zu verteidigen und den Vandalismus zu bekämpfen.

Trotzdem kann nicht von einem neuen bewaffneten Konflikt oder einem Krieg in den Städten gesprochen werden, weil es keine organisierten Gruppen sind, die hier den Staat angreifen, sondern eine grosse Vielfalt an Menschen mit verschiedenen Forderungen. Die Regierung benutzt das Narrativ des bewaffneten Konflikts aber, um die Übergriffe und die staatliche Gewalt auf der Strasse zu rechtfertigen. Sie ignoriert dabei absichtlich die vom Verteidigungsministerium veröffentlichten offiziellen Zahlen, die zeigen, dass die grosse Mehrheit der Demonstrationen, die seit Beginn des Aufstands stattgefunden haben, friedlich waren.

Ist diese Form von Widerstand der Bevölkerung in der jüngeren Geschichte Kolumbiens schon einmal aufgetreten?

Mit dem Streik von 2019 haben die Proteste zwar einen Präzedenzfall, aber in seinem Ausmass, seiner Vielfältigkeit, seiner Dauer und seiner geografischen Ausdehnung ist der jetzige Protest ein noch nie da gewesenes Ereignis. Aber: Nur weil der Protest beispiellos ist, dürfen wir nicht ignorieren, dass die Probleme, die er offenlegt, eben nicht neu sind: Die relative Schwäche der kolumbianischen Zivilgesellschaft, die es immer noch schwer hat, sich zu organisieren und die Zersplitterung des sozialen Feldes zu überwinden, die Enge unseres demokratischen Systems und das Erbe von mehr als 50 Jahren Konflikt, welches immer noch die Sichtweise von Polizei und anderen Institutionen auf soziale Proteste prägt – die Liste ist lang.

Am 20. Juli ist es erneut zu nationalen Protesten gekommen – wo führt dieser Aufstand hin?

Es ist schwierig, vorauszu sehen, in welche Richtung sich das Land unter den derzeitigen Umständen entwickeln könnte. Ich würde gerne sagen, dass der Ausweg aus dieser Situation die Stärkung der Demokratie wäre, aber das scheint mir ein unwahrscheinliches Szenario, denn die Stimmung der aktuellen Regierung und das Programm der Regierungspartei weisen in die entgegengesetzte Richtung: die demokratischen Institutionen zu untergraben, um ihre Position für die Wahlen 2022 zu verbessern.

Die jüngsten Ankündigungen des Präsidenten über die Notwendigkeit eines Gesetzes zur Verschärfung der Strafen für Vandalismus-Akte sind nur der Anfang dessen, was folgen könnte. Es ist also sehr gut möglich, dass wir in einigen Monaten erneut eine soziale Explosion inmitten von hart umkämpften Wahlen erleben werden.

Samina Stämpfli*

* Dieses Interview machte Samina Stämpfli am 20.07.2021 für die Schweizer Internet-Zeitung *das Lamm* und stellte es dem Archipel zur Verfügung.



Bürgerkriege, verschlossene Fluchtwege. Welche Zukunft für Kinder und Jugendliche?

SCHWEIZ

Frontex und die Schweiz

Das Binnenland Schweiz trägt das gewalttätige EU-Grenzregime tatkräftig mit. Unter anderem durch steigende personelle und finanzielle Beteiligung an der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Auf Anfragen reagiert die verantwortliche Eidgenössische Zollverwaltung (EZV)* ausweichend. Zeit, genauer hinzuschauen!

Wenn es um die Schattenseiten der EU-Abschottungspolitik geht, versteckt sich die Schweiz gerne hinter ihrem Status als Binnenland. Doch ein Blick auf ihre Beteiligung an der EU-Grenzschutzagentur Frontex zeigt auf, dass sie voll hinter deren Politik der Migrationsabwehr steht und deren Ausbau und die Militarisierung weit über Europa hinaus ohne Wenn und Aber mitträgt. Mit einem ausführlichen Fragenkatalog an die EZV haben wir versucht, etwas mehr Licht ins Dunkel zu bringen. Das Resultat ist wenig überraschend: Wo immer es kritisch wurde, gab es ausweichende Ausführungen oder gar keine Antworten, immer wieder mit Verweis auf die Zuständigkeit oder auf einsatztaktische Gründe.

Mitentscheiden? Fehlanzeige!

Die Schweiz ist finanziell wie personell an Frontex beteiligt. Ein Geflecht an Verträgen und Erweiterungen regelt die Beziehung und Beteiligung. Die Schweiz trug den Ausbau von Frontex stets mit, auch als 2015 aus der «Agentur für die Zusammenarbeit an den Aussengrenzen» die «Agentur für die Grenz- und Küstenwache» wurde. Sie ist durch das sogenannte Schengener Abkommen seit 2009 Mitglied von Frontex und stellt neben finanzieller Unterstützung eine steigende Anzahl Grenz wächter-innen zur Verfügung – bis 2027 über 60 Personen im Jahr. Total soll Frontex bis dann auf ein stehendes Heer aus 10000 Einsatzkräften zurückgreifen können.

Für die Übernahme der neuen gesetzlichen Grundlagen, die den Ausbau der Agentur regelten, setzte sich in den vergangenen Jahren besonders SP-Bundesrätin Simmonetta Sommaruga ein. Während einzelne Mitglieder ihrer Partei sich davon distanzieren, trug eine Mehrheit der Schweizer Sozialdemokrat-innen

diese Politik lange mit. In jüngster Vergangenheit gab es zwar vermehrt kritische Stimmen aus dem realpolitischen Spektrum. Das wird an der grundlegenden Voraussetzung jedoch wenig ändern: Die offizielle Schweiz steht hinter Frontex. Und dies, ohne deren Entwicklung wesentlich mitbestimmen zu können. So schreibt die EZV auf Anfrage zur Entscheidung neuer Kompetenzen und Gesetze: «Die Erweiterung des Frontex-Mandats bedurfte einer Anpassung der EU-Verordnung zu Frontex. Diese wurde im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens verabschiedet, bei dem das Europäische Parlament und der Rat dasselbe Mitspracherecht hatten. Die Schweiz ist an den Beratungen des Rates beteiligt; da die EU-Verordnung Teil des Schengen-Acquis ist, ist die Anpassung der EU-Verordnung resp. die Erweiterung des Frontex-Mandats eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes. Die Schweiz hat als an Schengen assoziierter Staat bei Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes ein Mitspracherecht, jedoch kein Stimmrecht.» Mit anderen Worten: Das Schweizer Parlament kann also lediglich bejahen oder ablehnen, aber eben nicht mitentscheiden. Bisher nahm es alle Vorlagen an.

Die EZV: Bindeglied zu Frontex

Das institutionelle Bindeglied zwischen der Schweiz und Frontex ist die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV). So ist denn auch einer der Vertreter der Schweiz im Frontex-Verwaltungsrat EZV-Vizedirektor Marco Benz. Als zweite Vertreterin fungiert Medea Meier, Historikerin und Sozialanthropologin. Eine Übersicht über deren Abstimmungsverhalten im Verwaltungsrat wollte die EZV auf Anfrage nicht mitschicken. Der Frontex-Verwaltungsrat stand in den vergangenen Monaten

aufgrund der Berichterstattungen über Direktor Leggeri selber immer wieder scharf in der Kritik, was für die EZV jedoch kein Grund für erhöhte Transparenz ist. Darüber hinaus hat die Schweiz im Frontex-Hauptquartier in Warschau eine sogenannte Verbindungsperson im Dienste der Grenzschutzagentur. Die Schweiz entsendet ausserdem seit diesem Jahr zwei Expert-innen im Bereich Grundrechtsschutz in den Dienst der Agentur und Personal aus der Schweiz nimmt auf verschiedenen Ebenen regelmässig an Sitzungen von Frontex teil. Schliesslich nehmen Schweizer Beamt-innen an den Grenzschutzmissionen sowie an Ausschaffungen teil, wie die EZV auf Anfrage bestätigt. Die Entwicklung der Grenzschutzagentur scheint die EZV zu inspirieren. Denn diese versucht unter Führung von Oberzolldirektor Christian Bock und SVP-Bundesrat Ueli Maurer, ähnlich wie Frontex in den letzten 15 Jahren, ihre eigenen Kompetenzen massiv auszubauen.

Menschenrechte als Nebenschauplatz

Doch trotz dieser Entwicklung gibt es kaum Platz für Menschenrechte. Die gehören laut EZV nur beschränkt in ihr Verantwortungsgebiet. So schreibt diese in ihrer Antwort, dass sie dutzende Stunden Videomaterial aus den Archiven der türkischen Küstenwachen zu gewaltsamen griechischen Pushbacks gesichtet habe. Trotzdem entsendet sie weiterhin Grenzschutzbeamt-innen in die Region. Diese nahmen unter anderem an der Mission «RBI Evros 2020» teil, die für den Grenzschutz an der Landgrenze zwischen Griechenland und der Türkei zuständig ist. Dabei hatte der Grundrechtsverantwortliche von Frontex der Agentur 2019 empfohlen, die Evros-Mission abubrechen, falls dort weiterhin schwere Menschenrechtsverstösse auftauchten. Das ist bis heute nicht geschehen. Die zahlreichen Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen – darunter Pushbacks, Gewalt und mehrere Todesfälle waren weder Grund genug für Frontex, den Einsatz zu stoppen, noch für die Schweiz, sich davon zu distanzieren. Die EZV weigert sich, in dieser Sache Stellung zu beziehen und die Positionen der Verwaltungsratsmitglieder der Schweiz offenzulegen. Sie betonte abwehrend, dass es nicht in der Kompetenz der Schweiz liege, «Untersuchungen über Vorkommnisse auf

dem Staatsgebiet eines EU-Mitgliedstaats einzuleiten» und verwies auf das Grundrechtsbüro von Frontex. Ein Blick auf ebendiese Abteilung unterstreicht derweil eindrücklich, dass Grundrechte keine Priorität haben, denn währenddessen die Agentur in allen Bereichen rasant wächst, geht es auffallend langsam voran, wenn es um das Einstellen von Grundrechtsbeauftragten geht. 40 an der Zahl hätten bis Ende 2020 ihre Arbeit aufnehmen sollen. Doch deren Einstellung kommt nur zögerlich voran: Laut EZV sind nach wie vor nur 20 davon eingestellt.

Zwischen März und September 2020 nahmen vier Schweizer Grenzschützer-innen im Bereich Grenzüberwachung an der Evros-Mission teil. Evros ist der Grenzfluss zwischen Griechenland und der Türkei. Die Grenzregion ist ein schwer zugängliches und stark militarisiertes Gebiet. Frontex ist dort mit viel Personal und Einsatzgerät präsent – unter anderem Einsatzwagen, aber auch Drohnen und sogar mit einem Zeppelin als Überwachungsinstrument. Seit Jahren existieren Berichte von systematischen Pushbacks aus der Region. Ähnliche Berichte zu systematischer Gewalt mit Frontex-Beteiligung gibt es auch aus Bulgarien und Kroatien. In Berichten des «Border Violence Monitoring Networks» schildern Betroffene die Vorfälle im Detail. Pikant dabei: Immer wieder gibt es Verweise auf deutschsprechende Frontex-Mitarbeiter-innen, die an der Gewalt und an den Pushbacks beteiligt sind – es wird sogar der Schriftzug «Polizei» erkannt. Der könnte auch auf aus der Schweiz stammenden Uniformen oder Einsatzmaterialien stehen.

Die EZV unterstreicht, dass Schweizer Beamt-innen im Einsatz Menschenrechtsverletzungen umgehend melden müssten. Bei allen bisherigen Einsätzen seien aber keine entsprechenden Meldungen eingegangen. Das wirft Fragen auf: Wie kann es sein, dass gut ausgebildete Einsatzkräfte in einer Region, in der systematische Menschenrechtsverletzungen begangen werden, während mehreren tausend Einsatztagen keinen einzigen berichtenswerten Vorfall sehen?

Immer mehr Personal, immer höhere Beiträge

Für 2021 sind 53 Einsätze mit insgesamt 1902 Einsatztagen vorgesehen. Die geplanten Einsatzgebiete sind Griechenland,

Bulgarien, Kroatien, Italien und Spanien. Das ist ein beachtlicher Anstieg im Vergleich zu den Einsatztagen vom Vorjahr. Doch nicht nur die geleisteten Einsatztage nehmen zu, sondern auch die finanzielle Beteiligung: Die jährlichen Beitragszahlungen steigen ständig – bis 2027 auf gegen 60 Millionen CHF. Die Schweiz bezahlt gemessen an ihrer Einwohnerzahl und Grösse einen beachtlichen Teil des Frontex-Bud-

gets, nämlich ungefähr 5 Prozent. Es ist die Europäische Abschottungspolitik in a nutshell: Binnenländer wie die Schweiz kaufen sich in ein System voll mit Militarisierung und Gewalt ein. Auf Kosten der Rechte von Menschen auf der Flucht.

Lorenz Naegeli

*Die EZV untersteht dem Eidgenössischen Finanzdepartement unter der Leitung von SVP-Bundesrat Ueli Maurer.

MIGRATION/SCHWEIZ

Gewalt in Asylzentren

Im Mai dieses Jahres haben die Sender SRF¹, RTS² und die Wochenzeitung WoZ eine alarmierende Reportage über die Gewalt in den Bundesasylzentren gesendet bzw. veröffentlicht. Wenige Tage später hat Amnesty Schweiz einen nicht minder erschreckenden Bericht publiziert.

Weitere Medien haben das Thema aufgenommen, so etwa in einer erschütternden Reportage, die in den zahlreichen Zeitungen des Tamedia-Konzerns zirkulierte; das Ausmass der Gewalt wurde offensichtlich. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) reagierte prompt. Zuerst einmal veröffentlichte das Amt ein Communiqué, wonach eine ominöse extremistische Linke am Werk sei, welche die innere Sicherheit gefährde. Unsere Organisation «Solidarité sans Frontières» (Sosf) hat umgehend Stellung bezogen und sich nicht von dem politisch motivierten Ablenkungsversuch dieser Mitteilung täuschen lassen.

Immerhin hat das SEM eine interne Untersuchung eingeleitet. Das war das Mindeste, was zu tun war. Wir hoffen, dass eine solche Untersuchung die systemische Gewalt und andere Verletzungen der Menschenrechte in den Asylzentren ans Licht bringen wird. Bevor die grossen Medienkanäle das Thema Gewalt aufgegriffen haben, gingen bereits viele Warnlämpchen an. Sie kamen von kleinen Gruppen aus der Zivil-

gesellschaft. Wir erinnern uns an die Geschichte im «ajour-magazin» über die Gewalt durch die Sicherheitsfirma Securitas im Bundesasylzentrum Embrach, an die Klagen, die im Kanton Freiburg mit Hilfe von «Solidarité Tattes» und «Droit de rester Fribourg» eingereicht wurden oder an den Bericht von «3 Rosen gegen Grenzen». Kürzlich veröffentlichte «Vivre ensemble» die Abschrift einer Tonaufnahme, die das Fehlverhalten einiger Sicherheitsmitarbeiter der Zentren beweist.

Dies zeigt mehrere Dinge. Erstens ist der Versuch, geflüchtete Menschen durch die geographische und administrative Unzugänglichkeit der Zentren zu isolieren, zwar effizient, aber nicht unüberwindbar. Trotz des Verbots, bestimmte Zentren zu betreten, und trotz der Erschwernisse durch komplizierte Zeitpläne und allgemeines Misstrauen ist es Aktivist-innen gelungen, mit Geflüchteten in Kontakt zu treten, ihre Zeugnisaussagen zu sammeln und diese gegebenenfalls beim Einreichen von Anzeigen zu unterstützen.

Zweitens sehen wir, dass sich das SEM nach altbekanntem Muster verhält: Es stellt sich gegenüber den meisten Kritiken taub und behauptet, dass alles in Ordnung sei und dass sich die Abläufe ständig verbessern würden. (...)

Die Arbeit der Basisgruppen

Gegen das sehr undurchsichtige System des SEM vorzugehen, ist extrem schwierig. Es ist schwer zu sagen, wie lange, ohne die Arbeit der Basisgruppen, diese Gewaltakte der breiten Öffentlichkeit verborgen geblieben wären. Die politische und aktivistische Erfahrung dieser engagierten Gruppen wird selten gewürdigt, ist aber für die Demokratie und die Menschenrechte grundlegend. Aus diesem Grund wollen wir in einer besonderen Ausgabe unseres Bulletins (Newsletter von Sosf, Anm. d. Red.) die rechtliche und politische Arbeit der kleinen Organisationen rund um das neue Asylsystem ins Licht rücken. Die Dezember-Ausgabe wird ihnen gewidmet sein. Wir haben begonnen, die uns bekannten Gruppen zu kontaktieren, damit sie an dieser Sonderausgabe teilnehmen können. Wenn Sie selbst in einer Gruppe arbeiten, die das SEM auf Menschenrechtsverletzungen in den Zentren aufmerksam gemacht hat, oder Sie dies in eigenem Namen getan haben, kontaktieren Sie uns bitte unter sekretariat@sosf.ch und wir werden Ihren Einsatz gerne in unser Bulletin aufnehmen.

Wir nutzen diesen Text auch, um Sie auf eine wichtige Petition aufmerksam zu machen, die von einer breiten Koalition von Komitees und Organisationen in Genf gestartet wurde und auf möglichst viele Unterschriften wartet. Das Ziel ist es, den Bau eines Ausschaffungszentrums in Grand-Saconnex zu verhindern. (...)

Um die Petition zu unterschreiben und um unsere Stellungnahme zur Gewalt in den Zentren zu lesen, gehen Sie bitte auf unsere Homepage: www.sosf.ch

Solidarité sans frontières,
Juli/August 2021

PS. Um gegen die Brutalisierung des Umgangs mit den Asylsuchenden in der Schweiz zu protestieren, findet am 2.10.2021 in Bern eine gesamtschweizerische Kundgebung statt.

Der Schweizer Auflage dieses Archipels liegt ein Flugblatt bei und wir laden Euch alle ein nach Bern zu kommen!

1. Schweizer Radio und Fernsehen
2. Radio Télévision Suisse

FRANKREICH

Gesundheitspass, Ultraliberalismus

Viele von uns beobachten seit Wochen mit Sympathie oder Skepsis die Anti-Regierungs-Demonstrationen in Frankreich. Wir publizieren hier ein paar Denkanstösse von jungen, in der Bewegung aktiven Menschen aus Nantes, die uns interessant erscheinen.

In diesen unruhigen Zeiten der Pandemie und des Autoritarismus, der politischen Verwirrung und der Verschwörung, ein paar Gedanken zum Kampf gegen die Regierung: Geimpft zu sein, bedeutet nicht, die Regierung zu unterstützen, nicht geimpft zu sein, bedeutet nicht, gegen Impfungen zu sein. Es hört sich dumm an, das zu sagen, aber die Trennlinien sind manchmal so starr und die Argumente so dürftig, dass es wichtig erscheint, dort anzusetzen: Ohne ein Mindestmass an Nuancierung und politischer Analyse enden wir in einem oft sterilen Grabenkrieg, aus dem nur die Regierung als Siegerin hervorgehen kann.

Das Verbreiten von Angst schürenden Gerüchten und falschen Informationen dient nur dazu, Verwirrung zu stiften. Eine Verwirrung, die von der Regierung und ihren Kommunikatoren durch widersprüchliche Anordnungen seit Beginn der Pandemie genährt wird. Verwirrung zu stiften ist für die Behörden das beste Mittel, um ihren eigenen Seelenfrieden zu sichern: Wenn Worte nichts mehr bedeuten, wenn die Wahrheit in Lügen verpackt ist und wir nicht mehr unterscheiden können, was wahr und was falsch ist, kann der Kampf nicht mehr auf dem Boden der Vernunft geführt werden.

Auch wenn das jetzige politische Klima in Frankreich abscheulich ist, so ist es schamlos, sich einen gelben Stern anzuhängen oder sein Los mit demjenigen der Palästinenserinnen zu vergleichen und die Regierungsmassnahmen mit der Apartheid in Südafrika gleichzusetzen oder gar mit dem Völkermord in Ruanda. Dies ist respektlos gegenüber den Opfern des Holocaust, des Zionismus, der Apartheid und der Völkermorde. Denn die Mechanismen, die Frankreich in die gegenwärtige Situation geführt haben, sind ganz andere. Wenn es einen historischen Vergleich für Emmanuel

Macron geben sollte, dann wäre dieser nicht mit Adolf Hitler zu ziehen, sondern viel eher mit Margaret Thatcher, Vertreterin einer ultraliberalen und reaktionären Macht, die im Namen der Freiheit jeden sozialen Protest brutal unterdrückte und gleichzeitig neokoloniale Diktaturen unterstützte. 40 Jahre nach der Eisernen Lady profitiert Macron von neuen Kontroll- und Kommunikationstechnologien, die ihn zu einer totalitären Dystopie machen, zu einer Mischung aus Thatcher und Darth Vader¹.

Eingesperrt im digitalen System

Das Problem des Gesundheitspasses liegt nicht so sehr im Impfstoff als in der sozialen Kontrolle, in der digitalisierten Erfassung der Bevölkerung. Diese biopolitische Kontrolle ist ein schwerer Angriff auf die Freiheit. Die Menschen gewöhnen sich daran, gescannt zu werden, um – je nach Blutbild – Zugang zu einer bestimmten Anzahl von Dienstleistungen zu erhalten. Und wie geht es nach dem Blutbild weiter? Strafregister? der politische Werdegang? die Religion? die ethnische Zugehörigkeit? oder die sexuelle Orientierung?

Die Regierung behauptet, die Pandemie zu bekämpfen, aber sie führt diese Massnahmen ein, die ihr politisch passen, ohne deren tatsächliche Wirksamkeit zu berücksichtigen. Für die Regierung ist es nicht wichtig, ob Menschen sterben, sondern dass sie in aller Stille sterben, ohne jemanden zu stören. Der Schwerpunkt liegt also auf der Kommunikation, auf permanenten, ritualisierten Ankündigungseffekten; es geht darum, irgendetwas zu behaupten. Jedes Mitglied der Regierung könnte dabei den Preis der Absurdität für sich beanspruchen. (...) Das Management des Coronavirus durch die Regierung ist ein rein polizeiliches und autoritäres Management der



Krise, gepaart mit nutzlosen und Angst schürenden Ankündigungen, die denjenigen, die unter der Krise leiden, die Verantwortung für diese Krise aufbürden. Die Liste der Verfehlungen ist lang: der Mangel an Masken, widersprüchliche Anordnungen, acht Monate Ausgangssperre für nichts, der Einsatz von Drohnen zur Kontrolle von Campierenden; die Verpflichtung, Masken im Freien zu tragen; die Beschränkung des Zugangs zu Naherholungsgebieten (Strände, Parks...), keine Luftreiniger, keine Investitionen in die Bildung, Verminderung der Spitalbetten und ein heuchlerisches Lob für die Krankenpflegerinnen. (...)

Zerstörung des Gemeinsamen

Die Regierung hat die Pandemie genutzt, um – im Namen der nationalen Einheit gegen Covid – die sozialen Proteste zum Schweigen zu bringen. Sie hat die Krankheit als Schock instrumentalisiert, um die sozialen Errungenschaften von allen Seiten anzugreifen. Was früher nicht durchgegangen wäre, wird jetzt viel leichter akzeptiert, da die Aufmerksamkeit auf die sanitäre Situation gerichtet ist. Diese Angriffe sind umso heftiger, als sie nicht den üblichen demokratischen Anstrich haben; erinnern wir uns daran, wie die extrem antisoziale und heftig umstrittene Rentenreform von der Exekutive durchgeboxt wurde, anstatt dass sie versucht hätte, die Gesundheitskrise zu bewältigen. Die Erzwingung der sanitären Massnahmen dient somit dazu, in ihrem Windschatten auch die antisozialen Massnahmen durchzusetzen. Wenn wir uns im Widerstand nur auf den Gesundheitspass konzentrieren, spielen wir der Regierung in die Hände, weil man ihr wahres politisches Ziel ausser Acht lässt: die Zerstörung aller Gemeingüter, aller kollektiven Räume, in denen der Gedanke der Solidarität Vorrang vor dem Wettbewerb hat. In Macrons Ideologie ist der Wettbewerb die Grundlage für alles. Nicht nur in der Wirtschaft, sondern in allem. Deshalb ist Macron ultraliberal: Alles, was nicht Wettbewerb ist, muss verschwinden, alles, was keine Leistung bringt, muss zerstört werden. Und diese Ideologie

wird aufgezwungen, indem er sich hinter dem Kampf gegen die Pandemie versteckt. Wenn auch der Kampf gegen den Gesundheitspass notwendig erscheint, bedeutet die Beschränkung auf diesen Kampf, dass wir bereits verloren haben.

Derzeit herrscht ein allgemeines Unbehagen, bei dem jeder erkennt, dass es ein Problem gibt, bei dem jede:r sich gerne wehren würde, aber nicht den Hebel findet, um die Situation umzukehren. Dies erinnert an die Anfänge der Gelbwesten-Bewegung, die auf einer aufrichtigen und vielschichtigen Wut basierte. (...)

Keine Zeit verlieren

Die derzeitige Krise wird niemals zur Normalität zurückführen. Wenn eine ganze Bevölkerung zur Bekämpfung eines Virus in den Ausnahmezustand versetzt werden muss, was wird dann bei den grossen ökologischen und sozialen Krisen geschehen, die bereits im Gange sind und noch kommen werden? Die politischen Fragen, die durch den Gesundheitspass aufgeworfen werden, sind elementar: Von nun an wird der QR-Code zu einem obligatorischen Instrument, das alle unsere Bewegungen überwachen kann – mit der Macht, sie zu genehmigen oder sie abzulehnen, überall und jederzeit. Dieses «elektronische Armband» verkörpert unser Ausgeliefertsein gegenüber der Willkür des Staates. (...) Der Kampf gegen den Gesundheitspass ist daher ein Kampf für die Freiheit. Dafür ist eine fortschrittliche Orientierung der Protestbewegung sehr wichtig. Sie darf sich nicht von den Rechtsextremen vereinnahmen lassen. Deshalb dürfen wir nicht abseits stehen und müssen klare Slogans vorgeben:

- Rücknahme des Gesundheitspasses
- Ende des Ausnahmezustandes
- Rücknahme des globalen Sicherheitsgesetzes und des Separatismus-Gesetzes
- Aufhebung der Patente auf Impfstoffe und Verstaatlichung der Pharmaindustrie
- Ausarbeitung eines Sanierungsplans für das Gesundheitssystem: Investition in Ausbildung, Einstellung von mehr Personal und das Recht auf kostenlose Pflege.

16. Juli 2021, Nantes revoltée

1. Anakin Skywalker oder Darth Vader ist eine fiktive Figur und die zentrale Figur der ersten beiden Trilogien der Star-Wars-Filmsaga.

Offener Brief zu Afghanistan

An Frau Bundesrätin Keller-Sutter, Herrn Staatssekretär Gattiker, an den Nationalrat und Ständerat:

Sehr geehrte Damen und Herren
Das «Bündnis unabhängiger Rechtsarbeit im Asylbereich» ist ein Zusammenschluss verschiedener Beratungsstellen, Organisationen, Anwältinnen und engagierter Einzelpersonen, die Rechtsarbeit im Asylbereich leisten. Aufgrund der aktuellen Lage in Afghanistan richten wir nachfolgend unseren Appell an Sie. Afghanistan ist an die Taliban gefallen, der Präsident ist geflohen. Die Lage im Land ist dramatisch. Die Taliban haben innert kürzester Zeit das ganze Land eingenommen und stehen heute Montag (16. August 2021) im Präsidentenpalast und verkünden ihre Machtübernahme. In den letzten Tagen und Wochen haben sie fast das ganze Land und alle wichtigen Städte in Afghanistan eingenommen, auch Herat und Masar-i-Scharif, welche bis vor kurzem noch als relativ sicher galten und wohin die Wegweisung aus der Schweiz vom Staatssekretariat für Migration (SEM) beim Vorliegen begünstigender Faktoren noch bis zuletzt als zumutbar eingestuft wurde. Die Folgen der Taliban-Offensive für das afghanische Volk sind verheerend. Besonders Menschen, die sich für demokratische Werte, Frauenrechte und Freiheit eingesetzt haben, aber auch Journalist:innen, Künstler:innen und Personen, die sich in anderer Form von den Taliban distanzieren sowie Frauen und Mädchen sind in aku-

ter Gefahr. Sie sind die Hauptziele des Terrors der Taliban. (...)

Als Anlaufstellen für viele Afghan:innen, die in der Schweiz Schutz suchen, erhalten wir zahlreiche Anfragen von Personen, welche um die Sicherheit ihrer Angehörigen besorgt sind. Ebenso vertreten und beraten wir nach wie vor Personen, die bereits rechtskräftig aus der Schweiz nach Afghanistan weggewiesen wurden oder deren Beschwerdeverfahren gegen die Wegweisung durch das Staatssekretariat für Migration noch beim Bundesverwaltungsgericht hängig ist.

Die Schweiz muss unbedingt ausserordentliche Anstrengungen unternehmen, um auf die dringende Not des afghanischen Volkes zu reagieren. Wir begrüßen die am 11. August 2021 verkündete Aussetzung der Rückführungen nach Afghanistan. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, welcher jedoch angesichts der Lage bei Weitem nicht ausreicht. Wir fordern daher:

1.

Die Aussetzung der Rückführungen ist eine kurzfristige Massnahme. Es zeichnet sich jedoch auch mittel- bis langfristig keine Besserung der Lage in Afghanistan ab und es muss von einer generellen Unzulässigkeit der Wegweisung ins ganze Land ausgegangen werden. Daher müssen alle Personen aus Afghanistan, die sich

zurzeit in der Schweiz aufhalten, mindestens eine vorläufige Aufnahme erhalten, und zwar ungeachtet davon, ob sie sich noch im laufenden Asylverfahren befinden oder nicht. Bereits weggewiesene Personen aus Afghanistan haben Anspruch auf eine Neubeurteilung der Wegweisungsverfügung.

2.

Nach dem Vorbild der Aktion für Syrer:innen im Jahr 2013 muss die Schweiz dringend die Erteilung von humanitären Visa für die Familienangehörigen von in der Schweiz lebenden afghanischen Staatsangehörigen erleichtern, unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Diese Möglichkeit sollte dringend auch auf allein-stehende verwandte Frauen und Mädchen ausgedehnt werden, auf Schwestern, Mütter, Nichten, Tanten sowie auf andere besonders verletzte Familienangehörige.

3.

Der Bundesrat muss in Anbetracht der schrecklichen Notlage eine Nachricht der Solidarität an das afghanische Volk und diejenigen übermitteln, die sich in Afghanistan für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Er muss sich zudem auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft für die Aufnahme von afghanischen Geflüchteten einsetzen und in diesem Bereich mit gutem Beispiel vorangehen.

Das Bündnis unabhängiger Rechtsarbeit im Asylbereich

Für Medienanfragen:
Nora Riss, Freiplatzaktion Zürich,
079 586 25 18
Lea Hungerbühler, AsyLex,
079 746 71 82

Für einen Überblick der Appelle und Petitionen in der Schweiz: <https://beobachtungsstelle.ch/news/afghanistan-die-schweiz-muss-handeln/>

Ähnliche Initiativen gibt es in Deutschland und in Österreich. Wir müssen uns zu Wort melden!



In Afghanistan wurde der Drohnenkrieg gross. Doch das genaue Töten bleibt eine Illusion. Tausende Zivilisten kamen ums Leben.

Otelo de Carvalho: ein Nachruf

Als Stratege der Nelkenrevolution von 1974, die einer der ältesten faschistischen Diktaturen in Europa, einer 500-jährigen Kolonialmacht sowie einem 13-jährigen Kolonialkrieg in Afrika ein Ende setzte, wurde der portugiesische Oberstleutnant Otelo de Carvalho 1984 beschuldigt, der «moralische Urheber» terroristischer Aktionen in Portugal zu sein und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Daraufhin starteten wir vom C.E.D.R.I.¹ aus eine Kampagne für seine Freilassung.

Otelo de Carvalho wird 1936 in Lourenço Marques (heute Maputo) in der damaligen portugiesischen Kolonie Mozambique geboren. Von 1955 bis 1959 studiert Otelo an der Militärakademie in Lissabon. Viele Jahre später schreibt er in seinen Memoiren: «Nachdem ich meine ganze Jugend in Mozambique verbracht hatte, gingen mir erst später die Augen auf. In politischen Fragen hatte ich natürlich nur Ansichten, die ich mir in zahlreichen Diskussionen mit Gefreiten, Soldaten und Milizoffizieren erworben hatte. (...) Ich verspürte das innige Bedürfnis, etwas dazu beizutragen, etwas Entscheidendes zu tun, um Tausende oder Millionen von Portugiesen und Portugiesinnen aus ihren elenden, entwürdigenden und unglücklichen Lebensbedingungen herauszuholen.»²

1961 wird er in den Kolonialkrieg nach Angola geschickt. 1970 hält er sich in Guinea auf, wo er sich mit den politischen Ideen der afrikanischen Befreiungsbewegungen auseinandersetzt.

Die Nelkenrevolution

Otelo nimmt an den ersten geheimen Versammlungen der antifaschistischen Offiziere teil. Ab 1973 beteiligt er sich an der Gründung und dem Aufbau der MFA (Movimento das Forças Armadas, Bewegung der Streitkräfte), die ihm die Ausarbeitung des Operationsplans anvertraut, der am 25. April 1974 zum Sturz des faschistischen Regimes in Portugal führt.

Zukunftsorientierte Generäle und junge Offiziere, die von den Kolonialkriegen genug hatten, hatten also die Revolution gewagt. Die Bevölkerung lief auf die Strassen, anstatt wie geheissen, in den Häusern zu verbleiben. Die symbolische Geste, mit der eine Frau einem Soldaten eine Nelke in den Gewehrlauf

steckte, verhalf der Revolution zu ihrem Namen. Die Nelkenrevolution war ein geplanter, fast ohne Widerstand vollzogener Umsturz des von Salazar totalitär geführten Ständestaates.

Im folgenden Jahr gibt Otelo als Kommandant der schnellen Eingreiftruppe COPCON ein weiteres Beispiel dafür, wie militärische Organisation und Effizienz im Dienst des Volkes stehen kann. Unter seiner Führung werden Soldaten und Offiziere aus Fallschirmspringereinheiten und der Marine zu Arbeiten in den Armenvierteln der Städte und in den Dörfern eingeteilt wie für den Bau von Abwasseranlagen, zur Alphabetisierung, für die Erschliessung von Land und die Ausbildung von Fachkräften zum Aufbau von Kooperativen sowie für juristische und soziale Beratung. Doch das ist noch nicht alles: Andere Aufgaben gehen von der Ausarbeitung eines Programms zur Drogenbekämpfung bis hin zur Schlichtung von Ehestreitigkeiten.

Die Ereignisse vom 25. November 1975³ setzen der Periode der von Otelo vertretenen revolutionären Demokratie ein Ende. Von diesem Zeitpunkt an werden die Arbeiter-, Bäuerinnen- und Soldatenräte durch Parteipolitikerinnen ersetzt, und unter dem Vorwand einer Reformpolitik beginnt die Zeit der Restauration. Otelo stellt in seinen Memoiren fest: «Meine libertäre, unabhängige und unkonformistische Gesinnung hat mich in den Augen der politischen Parteien, die ich nicht wesentlich für das gute Funktionieren der Demokratie (im etymologischen Sinn des Wortes: die Macht des Volkes) finde, unbeliebt gemacht.»⁴

Nach der Revolution von 1974 pilgert die europäische Linke massenweise nach Portugal. Doch nach 1975 legt sich der Enthu-

siasmus schnell. Otelo kandidiert 1976 bei den Präsidentschaftswahlen, tritt in Kontakt mit linksextremen Aktivisten und gründet 1980 eine Partei, die den Namen FUP (Forças de Unidade Popular, Kräfte der Volkseinheit) trägt.

Ein neues Sicherheitsgesetz

Im Jahr 1984 wird das Gesetz über die «innere Sicherheit» vom Parlament verabschiedet. Für uns ist klar, dass hier versucht wird, eine äusserst restriktive Gesetzgebung, die eine Bedrohung für die europäischen Rechtsstaaten darstellt, auf ein weiteres europäisches Land auszudehnen. Dafür braucht man einen Sündenbock, der in der Person Otelos gefunden wird. Portugal ist ein kleines Land, in dem sich alle kennen, und es war bekannt geworden, dass Kontakte zwischen Otelos Partei FUP und der terroristischen Organisation FP-25 (Forças Populares 25 de Abril, Volkskräfte 25. April) bestanden. Daraus fabrizierte man eine Anklage wegen moralischer Urheberschaft der Attentate, welche die FP-25 begangen hatte. Gleichzeitig wurde ein Mann kriminalisiert, der als Symbol der Befreiung des Landes von der Diktatur galt, riesige Hoffnungen bei der Bevölkerung geweckt hatte und daher immer noch eine Gefahr für die Restaurationsbestrebungen der 1974 vertriebenen und seither wiederkommenden Kräfte darstellte.

Für die Freilassung von Otelo

Nach eingehendem Studium der Gesetzestexte, der Prozessakte und von hunderten Presseartikeln, Gesprächen mit Otelo selbst und mehreren Rechtsanwältinn-en und dem Unterstützungskomitee in Portugal verfassten wir im Juli 1987 eine Broschüre⁵, die den historischen und politischen Hintergrund beschrieb und die Unregelmässigkeiten des Prozesses entlarvte.

Mehrere Pressekonferenzen im Beisein von europäischen Rechtsanwältinn-en sowie eine Veranstaltung mit Ramsey Clark, dem ehemaligen Justizminister der USA, die alle die Anklage widerlegen, Otelo sei ein Terrorist, erregen in Portugal einiges Aufsehen. Wir erreichen sogar ein Treffen mit dem damaligen Präsidenten Mario Soares in dieser Angelegenheit. Eine Klage



gegen die portugiesische Justiz am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen Formfehlern im Prozess wird von mehreren Anwältinn-en vorbereitet.

An der grossen Demonstration, die jedes Jahr am Jahrestag der Nelkenrevolution, dem 25. April, stattfindet, verkaufen wir eine Doppellangspielplatte mit Liedern, die etwa 20 Musikerinnen und Musiker aus der ganzen Welt für diese Aktion gratis zur Verfügung gestellt haben. Am 17. Mai 1989 ist es dann so weit: Otelo wird freigelassen, einige Jahre später werden er und die anderen Mitglieder der FUP amnestiert. Otelo beteiligt sich an der vom Europäischen BürgerInnenforum (EBF) organisierten Kundgebung in Berlin ein Jahr nach dem Fall der Mauer. Er zieht sich in der Folge vom öffentlichen Leben zurück und widmet sich seiner grossen Leidenschaft: dem Theater.

Am 25. Juli 2021 stirbt Otelo im Militärspital von Lissabon.

Catarina Martins, Koordinatorin des portugiesischen Linksblocks, schreibt auf Twitter: «Otelo Saraiva de Carvalho, eine Persönlichkeit, die die Geschichte geprägt hat. Als Stratege der Nelkenrevolution wird er immer als einer der Befreier Portugals in unserer Erinnerung bleiben.»

Beatriz Graf
CEDRI und EBF

1. Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter

2. Otelo de Carvalho: Alvorada em Abril (Morgenröte im April), Edition. Livraria Bertrand, nicht übersetzt

3. Staatsstreich der gemässigten Militärs («Gruppe der Neun»), der Rechten und der Sozialistischen Partei, der Portugal durch eine «samtene Gegenrevolution» zu einer liberalen Demokratie machte und den revolutionären Experimenten, die dem 25. April 1974 folgten, ein Ende setzte.

4. Otelo de Carvalho: Alvorada em Abril

5. Nicholas Busch, Beatriz Graf: Der Prozess gegen Otelo de Carvalho. Die Nelkenrevolution auf der Anklagebank. CEDRI 1984



ANTIFASCHISMUS

Abschied von Esther Bejarano

Esther Bejarano, eine der letzten Zeitzeuginnen des Holocaust, Auschwitzüberlebende, Musikerin und aktive Antifaschistin, starb in der Nacht vom 9./10. Juli im Alter von 96 Jahren. Noch vor sechs Wochen stand sie mit ihrer Musikgruppe Bejarano & Microphone Mafia auf dem Landgut Neuendorf östlich von Berlin auf der Bühne.

Genau dort wurde sie vor 80 Jahren – im Jahr 1941 – im Alter von 16 Jahren mit anderen Jugendlichen jüdischer Herkunft zur Zwangsarbeit interniert. Im April '43 wird sie in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Sie rettet sich vor der Gaskammer, indem sie sich als Akkordeonistin ausgibt, die gerade für die Musikkapelle der KZ-Insass-inn-en gesucht wird. So lernt sie innerhalb von 24 Stunden Akkordeon spielen, wobei ihr zugute kommt, dass sie von Kindheit an mit dem Klavierspielen vertraut ist. Es dauert mehr als 30 Jahre, bis sie über die Schrecken, die sie in den Fängen der Nazis erlebt hat, sprechen kann.

Im Jahr 1960 aus Palästina nach Deutschland zurückgekehrt, gehen sie und ihr Mann verschiedenen Arbeiten nach, um ihre beiden Kinder gross-zuziehen. In den 1970er-Jahren eröffnet sie ein Bekleidungs-geschäft in Hamburg. Zu ihren Kund-inn-en gehören viele junge Leute, v.a. Lehrer-innen und Erzieher-innen, mit denen sie anfängt, über Politik zu diskutieren, aber während langer Zeit spricht sie überhaupt nicht über ihre Vergangenheit. Jedoch: «Die Gespräche mit diesen jun-

gen Leuten, die ziemlich gut über die Zeit zwischen 1933 und 1945 informiert waren, brachten meine Erinnerungen zurück. Ich dachte, ich sollte meine Erfahrungen an die jungen Leute weitergeben.»¹

Wenig später wird sie mit Neonazis konfrontiert. Die NPD, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, hatte nicht weit von ihrem Laden einen Stand. «Ich sehe, wie die Nazis Flugblätter verteilen und ihre Gegner mit Knüppeln schlagen. Ich sehe, dass danach Polizisten die Antifaschisten verhaften. Das war zu viel für mich. Die Polizisten schützten die Nazis. Ich sagte ihnen, dass ich in einem KZ gewesen sei und dass ich nicht verstehe, dass sie diese Nazis schützen. Darauf sagte mir ein Polizist, dass es in Russland auch KZs gäbe, und dass ich nach Hause gehen solle, weil ich sonst einen Herzinfarkt bekommen würde. Jetzt wusste ich, dass ich anfangen musste, antifaschistische Arbeit zu leisten.»²

Esther Bejarano schliesst sich der «Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten» (VVN-BdA) an. Später initiiert sie das Auschwitz-Komitee. Als ausgebildete Sängerin

nimmt sie ihr Repertoire wieder auf und wird zu vielen kulturpolitischen Veranstaltungen eingeladen. Antifaschismus und Engagement für den Frieden sind für sie dasselbe. Esther hat die Schrecken ihres Lebens nachgezeichnet und diese über 40 Jahre hinweg unvorstellbar oft erzählt, damit wir nicht vergessen. Sie wusste um die Bedeutung ihres Zeugnisses und um die Macht, die ihre Stimme direkt aus der Geschichte hatte. Bis zum Schluss hat sie ihre ganze Energie darauf verwendet, die Parallelen zum heutigen Kontext aufzuzeigen. Ihre Positionen und ihre Sprache waren immer sehr klar. Durch ihre Musik, zunächst mit ihrer Gruppe Coincidence und dann mit Bejarano & Microphone Mafia, animierte sie ihr Publikum dazu, sowohl die Vergangenheit nicht zu vergessen als auch das Unannehmable heute nicht zu akzeptieren.

Einer ihrer letzten öffentlichen Kämpfe war die Forderung, dass in Deutschland der 8. Mai als Tag der Befreiung gefeiert und nicht als beschämende Niederlage aus dem Kalender gestrichen wird. Sie war zutiefst empört darüber, dass 2019 die Gemeinnützigkeit der «Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten» (VVN-BdA) abgeschafft werden sollte. Diese Entscheidung beruhte auf Informationen des Verfassungsschutzes, des deutschen Inlandgeheimdienstes. Glücklicherweise wurde die Entscheidung der Berliner Finanzbehörden in diesem Frühjahr durch einen grossen Aufschrei und ein Gerichtsverfahren vollständig aufgehoben. In ihrer Unterstützungsbotschaft, die sie Ende Mai 2021 an die feministische Demonstration «Toutes aux frontières» gesandt hatte, die am 5. Juni in Nizza mit mehr als 4000 Teilnehmer-inne-n stattfand³, schrieb Esther Bejarano: «Ich habe Auschwitz und Ravensbrück überlebt. Es ist meine Aufgabe, solange es in meinen Kräften steht, Zeugnis über das Geschehene abzulegen und vor ähnlichen Entwicklungen heute zu warnen. Denn Nationalismus und rechte Gesinnung machen sich wieder breit. Heute sind die Flüchtlingsbewegungen weltweit. Millionen von Menschen fliehen vor Kriegen, Hunger und Verfolgung aus ihrer Heimat, um ihr Leben zu retten und einen Ort zu finden, an dem sie menschenwürdig und in Sicherheit leben können. Unzählige Menschen sind bereits im Mittelmeer und auf anderen gefährlichen Routen

ums Leben gekommen. Tausende und Abertausende von Menschen leben in behelfsmässigen und institutionellen Lagern unter entsetzlichen Bedingungen. Aber Europa exportiert weiterhin Waffen und schottet sich ab.

Jedes Mal, wenn ich mit Bejarano & Microphone Mafia auf der Bühne stehe, sage ich: «Schaut in unsere Augen und seht die Entschlossenheit. Hört unseren Protest, unsere Lieder, unsere Sehnsucht. Die Sehnsucht nach Menschlichkeit – dem wichtigsten Kapital der Erde, der Menschheit ...»⁴

In dieser Botschaft ist ihr letzter Wunsch, dass wir immer zahlreicher werden.

Bei Esthers Beerdigung strömten vor der Abschiedszeremonie spontan viele kleine Gruppen von Menschen auf den jüdischen Friedhof in Ohlsdorf in Hamburg. Diese Zeremonie war nicht nur sehr würdevoll, sondern auch eine eindrucksvolle politische Demonstration. Fast alle Anwesenden trugen Schwarz, manchmal mit dem Antifa-Logo auf ihren T-Shirts. Es gab viele selbstgemachte Schilder. Sie lauteten «in unseren Herzen wirst du weiterleben» oder auch «wir werden nicht schweigen, versprochen, Esther!»

Karola Kolbe

1. Zitat aus «Esther Bejarano – Erinnerungen», herausgegeben von Antonella Romeo, Laika Verlag, Hamburg, 2013

2. Zitat aus demselben Buch

3. Siehe Archipel 305, Juli/August 2021

4. Die vollständige Botschaft im Archipel 304, Juni 2021

Archipel Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

September 2021 - Nr. 306

Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro
Verlag, Herausgabe, Herstellung,
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum
Verantwortliche Redakteurinnen:
Joëlle Meunier, Constanze Warta
Druck: Ropress Zürich
www.forumcivique.org

Adressen

Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:

Lobnik 16
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:

St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:

vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org